



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nationalökonomische und staatsrechtliche Literatur.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nationalökonomische und staatsrechtliche Literatur.

Die Reform des Zollvereins und die deutsche Zukunft. Zur Versöhnung von Nord und Süd. Von Dr. Ludwig Frauer. Braunschweig, Friedrich Vieweg und Sohn, 1862.

Der Verfasser will den engeren Bund durch die Reform des Zollvereins herstellen. Die Organe der Gesetzgebung und der Verwaltung sollen sein: ein Staatenhaus und ein Volkshaus als Zollvereinsparlament; ein Directorium, gebildet aus dem Könige von Preußen, welcher den Vorsitz führt, und dem Könige von Bayern als ständigen Mitgliedern, sodann abwechselnd aus einem der Könige von Sachsen, Hannover und Württemberg. Die Geschäfte führt ein Ministerium (Verwaltungsrath). Es ist, wie der Verfasser ausdrücklich bemerkt, die Trias ohne Oestreich. — Die Zuständigkeit der Regierung und Vertretung des Zollvereins soll außer der Zollgesetzgebung, den Verträgen und der Zollverwaltung, die Gesetzgebung und obere Leitung aller anderen Einrichtungen für den Verkehr und die gemeinsamen volkswirtschaftlichen Interessen umfassen, Post, Telegraphen, Münze, Papiergeld, Banknoten, Flußzölle, Eisenbahnen, Handels- und Wechselrecht, Industrieausstellungen, Statistif. Die Ergänzung des Vereinsgebietes durch den Beitritt von Mecklenburg, der Hansestädte und Schleswig-Holstein-Lauenburg, die deutsche Flotte, das Consulatwesen gehören ebenfalls zur Competenz des bundesstaatlich organisirten Zollvereins.

Diese Vorschläge bilden den eigentlichen Kern der Schrift, obschon ihre Begründung räumlich nur den kleineren Theil derselben einnimmt.

Voraus gehen Betrachtungen über die allgemeine deutsche Politik und alle darauf bezüglichen Fragen; hinten nach folgen Erwägungen über die Ausführbarkeit der Reform des Zollvereins und die Beziehungen desselben nach außen und zu seinen einzelnen Gliedern. Der Verfasser macht kein Hehl daraus, daß er aus der Entwicklung des Zollvereins die Herstellung des engern Bundesstaats in völkerrechtlicher Verbindung mit Oestreich erwartet. Er erwähnt zwar der Möglichkeit, daß Oestreich in den Zollverband trete, und daß alsdann die Trias mit Bayern, ohne die übrigen Mittelstaaten, gebildet würde; aber er glaubt nicht an diese „denkbare“ Möglichkeit, und es ist nur eine ironische Wendung, wenn er voraussetzt, daß die Mittelstaaten in diesem Falle mit Vergnügen zurücktreten würden, da sie ja österreichisch und großdeutsch gesinnt seien. Dagegen soll der deutsche Bund bestehen bleiben, und der Verfasser gibt den wohlmeinenden, aber kurzfristigen Patrioten, welche die Rechts-

beständigkeit des Bundes negiren, zu bedenken, „daß auf ihm allein bis jetzt das Unrecht beruht, welches Deutschland an Holstein und an dessen Verbindung mit Schleswig hat.“ — Die Schrift tritt den ungeeigneten Anforderungen an Preußen, mit Gewalt die deutsche Einheit herzustellen, entgegen; aber sie sieht in der Aufstellung eines gemäßigten Einheitsplans (Reform des Zollvereins) das einzige Mittel, Preußen von der politischen Nullität zu befreien, ihm Kraft in der innern und äußern Politik zurückzugeben. Neben dem Zollvereinsparlament könne das Preußische Parlament bestehen; neben einem deutschen Parlamente müßte es sich bei weiterer Entwicklung in Provinzial-Landtage auflösen. „Die Geschichte hat den preußischen Staat nicht entstehen lassen, damit er von dem Radicalismus zertrümmert und aus den Fugen gerissen werde; aber wohl, wie uns dünkt, dazu, damit er im rechten Zeitpunkt die reale Grundlage eines deutschen Bundesstaates bilde durch die reichsunmittelbare Provinz, die er demselben liefert.“ Nicht oft und eindringlich genug können solche beherzigenswerthe Worte der deutschen Partei in und außer Preußen vorgehalten werden; aber nicht minder beherzigenswerth ist die Schilderung der Nachtheile, welche der Mangel einer eigenen Politik für Preußen hat, und die leider nur zu ähnliche Skizze von dem Leben der Preußischen Diplomatie, welches eben durch jenen Mangel verkümmert wird (S. 113). An einer andern Stelle wird das Unvermögen Preußens, die deutschen Interessen bei Oestreich zur Geltung zu bringen, aus derselben Ursache erklärt. „Ein Staat, der selbst keine Politik hat, wird allerdings nicht bestimmend auf die Politik seiner Nachbarn einwirken. Sobald einmal Preußen aus seinem schwankenden Zurückhalten heraustritt, seinen Willen klar ausspricht und darin von der öffentlichen Meinung Deutschlands unterstützt wird; so wird man sich in Oestreich hüten, seine Freundschaft von der Hand zu weisen.“ —

Die Schrift wendet sich dann zu dem Verhältnisse des bundesstaatlich organisirten Zollvereins zu Bayern, den übrigen Mittel- und den kleinern Staaten. Der Verfasser gesteht offen, daß die einheitliche Spitze besser wäre als die kleindeutsche Trias. Allein im Hinblick auf die sechshundertjährige Zerrissenheit Deutschlands seit der Hohenstaufenzeit hält er diese Trias für die mögliche Einrichtung, obgleich er selbst den preußisch-bayerischen Dualismus vorziehen würde, und sich nur ungern zu dem dritten, zwischen Sachsen, Hannover und Württemberg alternirenden Director versteht. Er hält ihn jedoch für unerläßlich, weil der Particularismus in Sachsen und Hannover sich nur unter dieser Bedingung zu der Reform herbeilassen werde. Seinen schwäbischen Landsleuten hält der Verfasser, so wenig er ihre natürliche Begabung und Tüchtigkeit unterschätzt, ein treues und darum nicht eben schmeichelhaftes politisches Spiegelbild vor, welches ihn zu dem Schlusse berechtigt, daß die deutsche Frage in Schwaben praktisch noch nicht existirt. Doch theilt er seinen

Landsleuten die Bestimmung zu, die unter ihnen am gedrängtesten und schroffsten vorhandenen deutschen Gegensätze am tiefsten in sich zu verarbeiten und dadurch zu einer Ausöhnung zu bringen, mithin das Bindeglied zwischen Nord- und Süddeutschland zu werden. Wenn er hiernach hofft, daß die drei kleineren Königreiche mit einem alternirenden Director zufrieden sein werden, so unterläßt er auch nicht, ihnen die Betrachtung vor die Seele zu führen, daß gegenwärtig Preußen fast allein Herr im Zollverein ist, da es die Bedingungen für die Erneuerung der Verträge dictiren kann; denn die übrigen Mitglieder können den Verein nicht mehr entbehren, und die süddeutschen müssen „nach einigem Gemurmel“ die preußischen Bedingungen annehmen. Warum sollten sie nicht diese factische Abhängigkeit mit einer Einrichtung vertauschen, bei welcher ohne Genehmigung Bayerns und ihres dritten Directors und ohne Zustimmung der beiden Häuser des Vereinsparlamentes kein wichtiger Act zur Ausführung kommen kann?

Den Oestreichern beweist der Verfasser, nachdem er in scharfen Umrissen die Schwarzenbergische Politik trefflich gezeichnet, daß es in ihrem Interesse liege, die Reform des Zollvereins mit dem Vereinsparlamente und außerdem noch Preußens Führung im Kriege zuzugeben, weil diese Concessionen die deutsche Hilfe für Oestreich bedingen. Endlich empfiehlt die Schrift ihr Reform-Programm noch durch den Vorzug, daß die Reform des Zollvereins dem Auslande weniger Anlaß zur Einmischung gibt, als die rein politische Bundesreform. Diesen Vorzug schlägt sie um so höher an, je bedenklicher unter den gegenwärtigen Zuständen ein Krieg sein würde, der überhaupt nie dem parlamentarischen Wesen, sondern in der Regel der Reaction günstig sei. Der eilfte, letzte Abschnitt legt zum Schlusse den Deutschen die Aufgabe an das Herz, eine dem Norden und dem Süden gemeinschaftliche öffentliche Meinung zu schaffen und von dem unfruchtbaren theoretischen Gezänke zum Handeln vorzuschreiten, zunächst zur Aufstellung des Programms für die Reform des Zollvereins.

Hier haben wir also einen der seltenen Schwaben, der über die Vorurtheile des Stammes und die Eindrücke der Umgebung hinaus sich zu der Ueberzeugung emporgearbeitet hat, daß Preußen berufen ist, die Deutschen wieder zu einer Nation organisch zu verbinden, und daß die Selbsterhaltung Preußens gebietet, seinen deutschen Beruf zu erfüllen, den übrigen Deutschen, ihre Einheitsbestrebungen mit der Aufgabe Preußens in Einklang zu bringen. Wie sein Landsmann Paul Pfizer zuerst nach der stillen Periode, welche dem Kriege gegen Napoleon gefolgt war, den deutschen Bundesstaat mit Preußen an der Spitze und im Bunde mit Oestreich eben so formulirt hatte, wie dies später in den Programmen von Frankfurt und Kremsier, in Erfurt und Gotha, und heut zu Tage in den Kundgebungen der großen nationalen Partei geschehen: so weist Dr. Frauer auf die Ausbildung des Zollvereins als auf den prak-

tischen Weg zum Ziele hin. Während Paul Pfizer in frischer Erinnerung an alle die Wunden, welche das Metternich'sche System bei Congressen und Conferenzen in Wien und Karlsbad, wie durch den Bundestag, dem öffentlichen und geistigen Leben der Deutschen geschlagen hat, mit Erbitterung gegen Oestreich als gegen das starre Hinderniß deutscher Entwicklung sich wendet, während er aus der bayerischen Geschichte eine Blumenlese politischer Sünden gegen die deutsche Nation von der ältesten bis auf die neueste Zeit zu einem erschreckenden Bilde zusammenstellt, kostet es unserm Verfasser weniger Mühe, seine Abneigung gegen Preußen als seine Liebe zu Oestreich zu überwinden, und wir rechnen es ihm, als Schwaben, besonders hoch an, daß er, um eine erreichbare Form der Einigung zu erzielen, sein Württemberg im Kriege unmittelbar unter Bayern, im Zollverein weniger günstig als Bayern zu stellen sich entschließt. Den ganzen Kampf des Verfassers gegen seine Zu- und Abneigungen, der allerdings mit dem Siege des politischen Blicks und Verstandes endigt, muß der Leser in den ersten Abschnitten der Schrift mit durchmachen. Mit vollem Rechte stellt hier der Verfasser die Einigung zum Schutze gegen außen allen Bestrebungen für die innere Entwicklung voran und fordert zu diesem Zwecke: gemeinsame Action von Oestreich und Preußen und Vereinbarung über den Oberbefehl, welchen er über sämtliche Contingente außer dem österreichischen für Preußen in Anspruch nimmt. Aber bei der Begründung dieser Sätze zeigt es sich, daß der Verfasser nächst Frankreich zumeist Italien, Ungarn und — wenn nicht gerade Preußen, doch manches Preußische, insbesondere die „Berliner und Cölner Literaten“ gründlich haßt. Wer Oestreich nicht um jeden Preis in Venetien und Ungarn helfen will, wer nicht zum Vasallendienste bereit ist — die billigen Concessionen werden hier noch nicht verlangt — der ist nicht viel besser als ein ehrloser Vaterlandsverrätber. Der Süddeutsche ist in den Augen des Verfassers wirklich vorurtheilslos. Von den Kleindeutschen, zu denen er doch selbst gehört, besorgt der Verfasser, daß sie in leidenschaftlicher Verblendung sich mit dem äußern Feinde verbinden könnten! Wir wollen über diese Herzensergießungen mit dem Verfasser nicht rechten. Sie sind der Tribut, den er der Schwäche der menschlichen Natur entrichtet. Er legt sie in dem ersten Abschnitte der Schrift nieder und befreit sich dadurch von aller trüben Stimmung. Im weitem Verlaufe ist er der verständige Politiker, der deutsche Patriot. Aber für einen Zug aus der Entstehungsgeschichte der Schrift, dessen das Vorwort erwähnt, finden wir in den Ergießungen des ersten Abschnittes die Erklärung. Dort erzählt nämlich der Verfasser, daß er die in dieser Schrift ausgeführten Gedanken schon im Jahre 1856 auf Rigi-Staffel mit einem Freunde durchgesprochen, daß er dann im Mai 1858 neun Briefe an die Grenzboten gesendet und, da diese sie nicht aufgenommen, in der Reichszeitung zu Braunschweig veröffentlicht habe. Wenn nun jene neun Briefe mit den neun ersten

Abschnitten der vorliegenden Schrift übereinstimmen, und wenn die Redaction der Grenzboten etwa nur den ersten gelesen haben sollte, so läßt sich ihre Weigerung der Aufnahme wohl begreifen. Daß sich die Grenzboten dem Gedanken des Verfassers, durch den Zollverein zum Bundesstaate zu gelangen, nicht verschließen, dies haben sie zur Genüge bewiesen und beweisen es mit Vergnügen durch die Aufnahme unserer ausführlichen Besprechung seiner Schrift. — Der Gedanke war übrigens vor 1848 unter den denkenden Patrioten allgemein verbreitet. Der treffliche, zu früh geschiedene Braunschweiger Steinacker hatte schon in den dreißiger Jahren für eine bessere Organisation des Zollvereins schätzbare Vorarbeiten geliefert. Und wenn der Verfasser meint, daß „die hochgehenden Wogen der Hoffnung“ in Frankfurt den Zollverein in den Hintergrund gedrängt hätten, so kennt er eben nicht die von dem Reichsministerium ausgearbeiteten Entwürfe einer Zollacte, eines Flußschiffahrtsgesetzes, u. s. w., nicht die Denkschrift an die österreichische Regierung, aus welcher diese ihre Vorschläge zur Annäherung an den Zollverein fast wörtlich abgeschrieben hat. Indem wir die vorliegende Schrift der Beachtung unserer Leser empfehlen, halten wir es nicht für ganz überflüssig, zu bemerken, daß sie mit unsern Aufsätzen über die Zukunft des Zollvereins (Jahrg. 1860, Heft 40 und 41) im Wesentlichen übereinstimmt, daß wir aber mit der kleindeutschen Trias nicht einverstanden sind. Der Veteran unter den Vorkämpfern für die bessere Einigung Deutschlands, Paul Pfiffer, ist in seiner neuesten Schrift über Bundesreform durch die Unschlüssigkeit Preußens auf der einen und die Widerstandskraft des Particularismus auf der andern Seite dahin gekommen, daß er sich ein Directorium gefallen lassen will, nur um die Trias zu vermeiden. Aus ähnlichen Gründen fügt sich Hr. Dr. Frauer der kleindeutschen Trias. Wir dagegen bleiben bei der Ueberzeugung, daß, wenn der Augenblick gekommen sein wird, eine bessere Form der Einigung ins Leben zu rufen, nicht eine die Ohnmacht organisirende Vielköpfigkeit, sondern die einheitliche Spitze zur Geltung kommen wird.

Die österreichischen Finanzprobleme bezüglich Bank, Valuta und Defizit. Von Dr. Gust. H . . . n. Leipzig, Brockhaus, 1862.

In Oestreich ist nicht nur der Staatshaushalt zerrüttet, — das ist schlimm, — sondern auch das Geldwesen, — das ist schlimmer. Um die Finanzen zu bessern, muß man weniger ausgeben und mehr einnehmen; um dem Geldwesen zu helfen, muß man die Banknoten gegen Silber einlösen. Dies ist leichter gesagt als gethan. Das Letztere aber ist das Dringendste, denn bevor das Geldwesen in Ordnung ist, kann der Staatshaushalt nicht in Ordnung kommen. Die Bank könnte ihre Noten einlösen, wenn der Staat ihr die Millionen wiedergäbe, die sie ihm geliehen hat: aber der Staat hat kein Geld. Die Bank würde ihre Lage schon wesentlich verbessern, wenn sie die Staatspapiere, die

sie vom Staate als Pfand und diejenigen, welche sie als Eigenthum besitzt, versilbern könnte. Aber der Staat hat keinen Credit, seine Papiere stehen schlecht und fallen noch tiefer im Preise, sobald sie in größerer Menge an den Markt kommen. — Eine fatale Lage. Es ist dringend nöthig, die Banknoten einzulösen, um dann den Finanzen zu helfen; aber die Bank kann ihre Noten nicht einlösen, weil die Finanzen zerrüttet sind. Was ist da zu machen?

Das sind die Finanz-Probleme, welche Herr von Bruck gelöst haben würde, wenn nicht der Krimkrieg, die Krisis von 1857, der italienische Krieg, die ungarischen Wirren, die Willkür und Verschwendung in den Staatsausgaben seine Pläne vereitelt und ihm den Tod gebracht hätten. Es sind die nämlichen Probleme, welche Herr von Plener mit Bedächtigkeit und nüchternem Verstande hin und her wendet und dreht. Beide Minister, Herr von Bruck und Herr von Plener, kamen zu dem Resultate: Es geht nicht ohne constitutionelle Garantien!

So kam das October-Diplom, die Februar-Verfassung, der Reichsrath und sein Finanz-Ausschuß. Der Minister verhandelt mit der Bank, der Ausschuß sitzt und arbeitet. Es will immer noch nicht gehen, — da fühlt Herr Doctor Gustav Höfken sich verpflichtet, schnell die vorliegende Schrift zu schreiben und drucken zu lassen. Seine größte Sorge ist die Nachgiebigkeit des Finanzministers gegen die Anforderungen der Bank, richtiger gegen ihre Weigerung, den Anforderungen der Regierung sich zu fügen. Der Ausschuß der Actionäre will für die Erneuerung des Privilegiums so wenig als möglich geben. Herr Dr. Höfken begreift nicht, wie der Finanzminister sich dies gefallen lassen mag, statt dem Ausschusse zu erklären: entweder ihr thut was ich haben will, oder — ich gebe Bankfreiheit! *La bourse, ou la vie!* So naiv ist der Herr Doctor, nachdem er zehn Jahre im Handelsministerium zu Wien gefessen. Daher wundert es uns auch nicht, wenn er, des Staatsdienstes müde, sich einer ergiebigeren Thätigkeit in den Verwaltungen einiger Actien-Unternehmungen ausschließlich zu widmen gedenkt. Seine Schrift ist ein letztes Wort an den Finanzminister, der Bank das erforderliche Maß von Opfern zur Herstellung der *Valuta* abjudrängen.

Vier Abschnitte von den fünf, welche die Schrift enthält, sind diesem Anliegen gewidmet. Der erste bringt einen flüchtigen Abriss der Geschichte der Nationalbank von 1816 bis auf die neueste Zeit. Man sieht daraus, daß das Institut damit anfing, das Staatspapiergeld einzuziehen, und damit aufhörte, seine eigenen Noten nicht mehr einzuwechseln. Der Staat melkte die Bank, die Bank melkte den Staat, die Actionäre standen sich gut dabei, aber der Verkehr und die Steuerpflichtigen um so schlechter.

Im zweiten Abschnitte folgen „Studien und Vorverhandlungen über Bank und *Valuta*“, eine theoretische Abhandlung über den Notenumlauf und die Bedingungen seiner Gesundheit, dann aber Mittheilungen aus den Gutachten

der Handels- und Gewerbekammern wie anderer Sachverständigen, welche Herr von Plener eingefordert und der Verfasser eingesehen hatte. Fast alle verlangen verfassungsmäßige Garantien gegen die schlechte Wirthschaft, und gemeinsame Anstrengungen des Staates und der Bank zur Herstellung der Valuta. Der Staat soll auf das Ausgeben von Papiergeld verzichten; sein Opfer besteht also darin, daß er nicht zum drittenmal thun soll, was schon zweimal Unheil angerichtet, und was er nie wieder zu thun feierlich versprochen hat. Die Bank soll vom Staate nicht Alles fordern, was er ihr schuldet, sondern einen Theil als unkündbare Schuld stehen lassen. Ein nicht unbilliges Verlangen, über welches kein Streit ist. Der streitige Punkt ist nur der, daß die Bank Zinsen verlangt, der Staat aber keine Zinsen bezahlen will.

Der dritte Abschnitt über „die Reform der Nationalbank und die Revision der Statuten“ stellt die Grundsätze auf, welche nachgerade überall für eine solide Zettelbank maßgebend sind. Die Hauptpunkte sind: Unabhängigkeit der Anstalt, Schutz gegen Eingriffe des Staates, und Einlösbarkeit der Noten gegen Silber, gesichert durch einen angemessenen Vorrath von baarem Gelde und guten Wechseln. Es ist nicht schwer, diese allgemein bekannten Sätze aufzustellen, wohl aber ihnen bei der Oester. Nationalbank Eingang zu verschaffen. Bei solidem Betriebe werden die Dividenden nicht so fett wie bei der Einrichtung, wonach die Anstalt das Geld mit welchem sie arbeitet (die Noten), selbst verfertigt und ausgibt. Jeder muß es annehmen, Keiner darf Silber dafür verlangen. Daher sperren sich, wie Herr Dr. Höfken berichtet, die Actionäre gegen eine Radicalcur, welche unter Anderm verlangt, daß für jeden Gulden, der über 150 Millionen in Noten ausgegeben wird, ein Gulden Silber in der Kasse liegen soll. Das Beste in diesem Abschnitte sind wiederum Auszüge aus Vorschlägen über die Bankreform, welche darin mitgetheilt werden.

Der vierte Abschnitt behandelt einen Cardinalpunkt. Die Verminderung der Schuld des Staates an die Bank. Die Schuld beträgt 250 Millionen Gulden, und der Verfasser meint, daß bis Ende 1863 davon 192 Millionen getilgt, eben so viele Noten aus dem Umlaufe gezogen und dann die übrigen für einlösbar erklärt werden könnten. Damit wäre die Valuta hergestellt. Allein es gehört dazu der Verkauf von 123 Millionen Staatsloosen, auf welche die Bank für den Krieg von 1859 die Summe von 99 Millionen vorgeschossen hat. Der Verkauf an der Börse zu anständigem Preise ist unthunlich. Herr Dr. Höfken schlägt daher vor, diese Loose auf die Provinzen (Kronländer) umzulegen. Wer seinen Antheil freiwillig zeichnet, bekommt die Loose zum Nennwerth; wer dies nicht thut, wird gezwungen, seinen Theil mit 2 Procent Agio (zu 102) zu bezahlen. Dieser Vorschlag zeigt, wie schlimm die Lage ist. Bleibt aber nur der Zwang als Rettungsmittel, dann ließe sich damit wohl noch etwas mehr ausrichten als der Verkauf der verpfändeten Loose.

Der letzte Abschnitt äußert sich über die „Begründung des Gleichgewichts im Staatshaushalte.“ Dazu ist geboten, daß das Erbübel des chronischen Deficits aufhöre. Jahr für Jahr wurde bisher bedeutend mehr ausgegeben als eingenommen; der Ausfall wurde durch Anleihen und Papiergeld gedeckt. Anleihen bekommt man nicht mehr; die Noten sind entwerthet, alles Vertrauen ist geschwunden. Unerläßlich ist die Herstellung des Vertrauens durch Herstellung der Baluta und des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dies ist nur zu hoffen bei wirklicher Controle des Haushalts durch eine Landesvertretung, und durch kräftige Entwicklung der Production. Darum schließt der Abschnitt, welcher die fortschreitende Zerrüttung der Finanzen aus Vorlagen des Ministeriums übersichtlich darstellt, mit dem Satze, daß die östreichischen Finanzprobleme nur politisch und finanziell zugleich gelöst werden können. Die Schrift lehrt nichts Neues, sie bringt aber aus Gutachten und Vorlagen brauchbares Material; mehr war von Herrn Dr. Höfrens Art Bücher zu machen nicht zu erwarten.

Joannes Nasus.

Ein Beitrag zur deutschen Literaturgeschichte.

Die Veranlassung zu dem nachfolgenden kleinen Aufsätze bietet uns eine Stelle aus der vor Kurzem erschienenen „Uebersicht der Geschichte der deutschen Dichtung von Karl Gödecke“. Es heißt dort wörtlich. „Johannes Nas, Nasus soll ein Schneider aus Franken gewesen sein, der im Barfüßerkloster zu München gearbeitet und sich dann der Theologie gewidmet habe. Er wurde Barfüßer und wie es scheint Lehrer an der Hochschule zu Ingolstadt. Fischart nennt ihn im Vienenkorb Suffragan und Weihbischof. Geburts- und Todesjahr sind unbekannt. Seine Gegner, die er durch rücksichtslose Angriffe reizte, gefielen sich darin ihn seines Handwerks wegen zu schmähen und mehr zu verhöhnen als zu widerlegen. Das Studium seiner in Norddeutschland seltenen Schriften würde auch hier wie bei Murner ergeben, daß Nasus viel bedeutender war als Wizeleien über ihn glauben machen. In manchen seiner Schriften erscheint er, wenn auch nicht Fischart, doch Nigrinus vollkommen gewachsen.“ Schließlich zählt Gödecke drei Werke von ihm auf.